



Sozial ist, was Kaufkraft schafft

GEW beschließt Forderungspaket mit einem Gesamtvolumen von fünf Prozent

Am 17. Dezember 2009 hat der Koordinierungsvorstand der GEW Forderungen für die Tarifrunde 2010 im Gesamtvolumen von fünf Prozent beschlossen. Damit bestätigte die GEW die in gemeinsamen Diskussionen mit ver.di, der GdP und der dbb tarifunion entwickelte Forderungslinie, die diese in ihren Gremien bereits am 15. Dezember verabschiedet hatten.

Zum Gesamtvolumen gehören:

- Entgelterhöhung mit einer sozialen Komponente bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von zwölf Monaten und Erhöhung der Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten um 100 Euro
- die Verlängerung des Tarifvertrages über die Altersteilzeitarbeit und dessen Anpassung an den Stand der Gesetzgebung
- die Wiedereinführung der Bewährungs- und Tätigkeitsaufstiege sowie der Vergütungsgruppenzulagen
- Verbesserungen des Manteltarifrechts.

Hierzu gehören unter anderem:

- die weitere Angleichung der im Tarifgebiet Ost geltenden Tarifregelungen an die Regelungen im Tarifgebiet West
- die Anrechnung des Referendariats oder Vorbereitungsdienstes für Lehrkräfte auf die Stufenlaufzeit in der Stufe 1 auch bei kommunalen Arbeitgebern.

Forderung mit Augenmaß

Die Gewerkschaften orientieren sich bei ihrer Forderung am Produktivitätsfortschritt und an der Inflation. Für 2010 wird prognostiziert, dass die Produktivität

um 1,5 bis 1,6 Prozent wächst. Des Weiteren wird erwartet, dass die Preise um 1,2 Prozent steigen. Auf die Beschäftigten kommen weitere finanzielle Belastungen zu: Durch Zusatzbeiträge für die gesetzliche Krankenversicherung, die von den Versicherten allein zu tragen sind, werden 2010 voraussichtlich zwischen 30 und 40 Euro monatlich weniger im Geldbeutel sein. Das entspricht rund 0,7 Prozent des Durchschnittsentgelts.

Hinzu kommt, dass die Arbeitgeber seit Einführung des TVöD durch die Abschaffung der im BAT üblichen Aufstiege von Jahr zu Jahr mehr Geld sparen, das eigentlich den Beschäftigten zusteht. Alles zusammen genommen ist die Forderung mit einem Gesamtvolumen von fünf Prozent daher gerechtfertigt.

Angebliche Haushaltsnotlage politisch erzeugt

Die Arbeitgeber werfen den Gewerkschaften schon jetzt öffentlich vor, sie würden die Haushaltsnotlage der Kommunen ignorieren. Das ist nicht wahr. Keine Lohnzurückhaltung würde ausreichen, um die chro-

BILDUNG IST MEHRWERT!

nisch unterfinanzierten kommunalen Haushalte zu sanieren. Nur eine Steuerpolitik, mit der die Finanzbasis der öffentlichen Haushalte gestärkt wird, kann hier Abhilfe schaffen. Ohne die Steuersenkungen der letzten Jahre hätten die Finanzminister heute pro Jahr 30 Milliarden Euro mehr in der Schatulle. Wenn die Politik glaubt, in der jetzigen Lage weitere Steuergeschenke an Reiche, Erben und Hoteliers verteilen zu müssen, ist es zynisch, von den Beschäftigten Zurückhaltung einzufordern. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben es satt, die Sparschweine der Nation zu sein.

Der öffentliche Dienst hat sich seit Jahren mit bescheidenen Lohnerhöhungen zufrieden geben müssen – immer mit dem Argument der leeren Kassen begründet. Während in der Gesamtwirtschaft die Löhne und Gehälter in den vergangenen zehn Jahren um 21,4 Prozent angestiegen sind, betrug der Zuwachs im öffentlichen Dienst – trotz des relativ guten Ergebnisses der Tarifrunde 2008 – im gleichen Zeitraum nur 17 Prozent (vgl. Abbildung). Trotzdem haben die Arbeitgeber zu Lasten der Beschäftigten gespart. Der Anteil der Personalausgaben an den Haushalten der Kommunen wurde im gleichen Zeitraum von 27,3 auf 25,1 Prozent heruntergefahren.

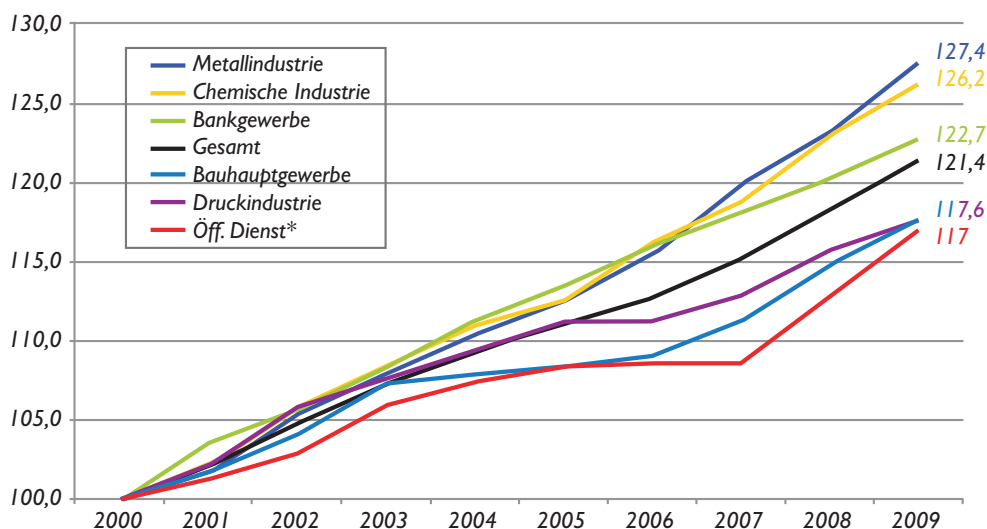
Kaufkraft stärken ist das Gebot der Stunde

In der aktuellen Wirtschaftslage ist es ein Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft, die Binnennachfrage durch eine größere Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken. Deutschland wurde von der Krise deshalb besonders stark getroffen, weil die Löhne während des letzten Aufschwungs hierzulande viel weniger als in anderen Ländern gestiegen sind und die Unternehmen deshalb immer abhängiger von der Nachfrage aus dem Ausland wurden.

In den letzten Monaten haben Wirtschaftsprognosen eine noch kürzere Halbwertszeit als ohnehin schon. Dass die Prognosen ständig nach oben korrigiert wurden, liegt nach Expertenmeinung daran, dass der Staat sich in der Krise richtig verhalten hat und bereit war, die Nachfrage massiv zu stützen. Als Unsicherheitsfaktor für 2010 wird stets die Lohnentwicklung genannt. Nur wenn der Konsum anspringt, kann die Wirtschaft dauerhaft aus der Krise kommen. Und der Konsum springt nur an, wenn die Löhne nicht einbrechen.

Der Staat steht jetzt in der Verantwortung, die Entwicklung für seine eigenen Beschäftigten zu stabilisieren und sich gesamtwirtschaftlich verantwortungs-

Tarifentwicklung 2000 – 2009 in ausgewählten Branchen alte Bundesländer (2000 = 100)



*ab 2005: Bund und Gemeinden
Quelle: WSI-Tarifarchiv

voll zu verhalten. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst mit motivierten, anständig bezahlten Beschäftigten stärkt auch die Volkswirtschaft. Steuergeschenke an Reiche dagegen stärken den Konsum nicht, sondern verschärfen nur die ungleiche Vermögensverteilung in unserem Land.

Bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im höheren Lebensalter

Die Erhöhung des Rentenalters und die hohe Arbeitsbelastung erfordern alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen. Die Gewerkschaften fordern, in einem ersten Schritt den Tarifvertrag zur Altersteilzeit im öffentlichen Dienst zu verlängern. Dieser gilt derzeit nur noch für Beschäftigte, die bis zum 31. Dezember 2009 eine Altersteilzeitarbeit vereinbart haben. Die Gesetzeslage hat sich zwar geändert, aber Altersteilzeit ist auch künftig möglich, wenn der Tarifvertrag an die neuen Regelungen angepasst wird. Darüber hinaus müssen weitere Tarifregelungen für einen flexiblen Rentenübergang entwickelt werden.

Das reicht aber noch nicht. Die durch Altersteilzeitarbeit ausscheidenden Beschäftigten müssen durch Neueinstellungen ersetzt werden. Nach langen Jahren der Sparpolitik droht der öffentliche Dienst zu überaltern. Auszubildende und junge Kolleginnen und Kollegen müssen jetzt eingestellt werden, um den anstehenden Generationenwechsel in den Einrichtungen, Verwaltungen und Betrieben zu bewältigen. Daran müssten auch die Arbeitgeber ein Interesse haben.

Mehr Gerechtigkeit herstellen

Beim neuen Eingruppierungsrecht zum TVöD boykottieren Bund und kommunale Arbeitgeber seit 2007 jeglichen Kompromiss. Die Gewerkschaften wollen eine Eingruppierung, bei der keiner schlechter gestellt wird als im BAT mit seinen Aufstiegen. Die Arbeitgeber wollen keine neue Eingruppierung ihrer Beschäftigten, weil sie mit der jetzt geltenden Regelung für neu Eingestellte deutlich weniger bezahlen müssen.

Deshalb fordern die Gewerkschaften, bis zum Inkrafttreten eines neuen Eingruppierungsrechts die Aufstiege und die Vergütungsgruppenzulagen für alle Beschäftigten im vollen Umfang wieder einzuführen. Es ist



Die TVöD-Schwestergewerkschaften des DGB beraten sich:
v.l.n.r.: Konrad Freiberg (GdP), Frank Bsirske (ver.di), Ilse Schaad (GEW)

eine Frage der Gerechtigkeit, seit 2005 neu Eingestellte nicht schlechter zu bezahlen als ihre Kolleginnen und Kollegen, die in den TVöD übergeleitet wurden.

Ab 1. Januar 2010 erhalten alle Beschäftigten im Tarifgebiet Ost das gleiche Tabellenentgelt wie im Tarifgebiet West. Dennoch ist die Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost um 25 Prozent niedriger als im Tarifgebiet West. Diese und andere noch verbliebene Unterschiede – darunter die Arbeitszeit – müssen in dieser Tarifrunde durch die Angleichung des Ostens an das Tarifgebiet West beseitigt werden.

Längere Ausbildungszeiten für Lehrkräfte anerkennen

Lehrkräfte steigen wegen ihrer Ausbildungsdauer im Durchschnitt später in das Berufsleben ein als andere Beschäftigte. Dies wird bei der Stufenzuordnung innerhalb der Entgeltgruppe nicht berücksichtigt und führt bei Lehrkräften zu deutlichen Einkommensverlusten gegenüber anderen Beschäftigtengruppen.

Deshalb fordert die GEW, die für die Lehrkräfteeregungen zuständig ist, die Übertragung des 2009 mit den Ländern erzielten Tarifergebnisses zur Stufenzuordnung der Lehrkräfte auf die Lehrerinnen und Lehrer, die bei kommunalen Arbeitgebern oder beim Bund beschäftigt sind. Dieses sieht vor, dass ein Referendariat oder Vorbereitungsdienst für Lehrkräfte die Stufenlaufzeit in der Stufe 1 um die Hälfte, also auf sechs Monate verkürzt.

BILDUNG IST MEHRWERT!

Keine Aufstockung des Leistungsentgelts

Die kommunalen Arbeitgeber setzen weiter auf einen Sparkurs zu Lasten der Beschäftigten. Nur im Bereich Leistungsentgelt sind sie nicht ganz so zugeknöpft – hier fordern sie die Aufstockung der Mittel. Dass sich die Gewerkschaften darauf nicht einlassen, liegt auf der Hand. Die GEW hat die Leistungsbezahlung im öffentlichen Dienst immer abgelehnt und sieht sich durch die Erfahrungen in der Praxis in ihrer kritischen Haltung voll bestätigt. Nasenprämien für wenige statt bessere Bezahlung für alle, das zerstört die Arbeitsmotivation und trägt keinesfalls dazu bei, die Leistungen des öffentlichen Dienstes zu verbessern.

Übertragung auf Beamtinnen und Beamte des Bundes

Die im öffentlichen Dienst organisierenden Gewerkschaften fordern die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes. Die Beamtinnen und Beamten im Dienst der Kommunen sind von dieser Tarifrunde nicht betroffen, da sie formal Landesbeamte sind.

Sie haben daher von dem guten Tarifabschluss 2009 mit der Tarifgemeinschaft der Länder profitiert und erhalten zum 1. März 2010 die 2009 vereinbarte zweite Gehaltserhöhung um 1,2 Prozent.

Harte Tarifaueinandersetzung erwartet

Die Arbeitgeber machen schon jetzt in der Öffentlichkeit massiv Stimmung gegen die berechtigten Forderungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Sie versuchen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft, die vielfach um ihren Arbeitsplatz fürchten, gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst auszuspielen. Das ist nicht nur unfair, sondern auch unberechtigt. In der Privatwirtschaft wurde im Aufschwung teilweise gut verdient, während der öffentliche Dienst kaputtgespart wurde. Jetzt hat der öffentliche Dienst die Pflicht, in der Krise stabilisierend zu wirken. Dies wird uns nicht ohne den Druck der Beschäftigten gelingen.

Die Verhandlungen werden am 13. Januar 2010 in Potsdam aufgenommen.

Gewerkschaften stärken – jetzt GEW-Mitglied werden!
Auch online unter: www.gew.de/Mitgliedsantrag.html



Bitte per Fax an 069/78973-102 oder GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt

Tarifinfo TVöD Nr. 2
Dezember 2009

GEW stärken – ich bin dabei

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Ihre Daten sind entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Vorname/Name

E-Mail

Beschäftigungsverhältnis

Straße/Nr.

Berufsbezeichnung /-ziel beschäftigt seit Fachgruppe

- Honorarkraft
- angestellt
- beamtet
- teilzeitbeschäftigt mit _____ Prozent
- teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche
- in Rente/pensioniert
- Altersteilzeit
- befristet bis _____
- arbeitslos
- beurlaubt ohne Bezüge
- im Studium
- in Elternzeit
- Referendariat/
Berufspraktikum
- Sonstiges

Land/PLZ/Ort

Name/Ort der Bank

Geburtsdatum/Nationalität

Kontonummer BLZ

Bisher gewerkschaftlich organisiert bei von bis (Monat/Jahr)

Tarif-/Besoldungsgebiet

Telefon Fax

Tarif-/Besoldungsgruppe Stufe seit

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen.
Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an und ermächtige die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Bruttoeinkommen € monatlich (falls nicht öffentlicher Dienst)

Ort/Datum Unterschrift

Betrieb /Dienststelle Träger

Straße/Nr. des Betriebes/der Dienststelle PLZ/Ort

Ihr Mitgliedsbeitrag:
- Beamtinnen und Beamte zahlen 0,75 Prozent der 6. Stufe.
- Angestellte zahlen 0,7 Prozent der Entgeltgruppe und Stufe, nach der vergütet wird.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe I des TVöD.

- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrages.
- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
- Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
- Mitglieder im Ruhestand zahlen 0,66 Prozent ihrer Ruhestandsbezüge.
Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen.

Vielen Dank!
Ihre GEW